

Die SPD ...

Mitte Dezember 2025 beschloss die Bundesregierung von CDU/CSU und SPD die Abschaffung des Bürgergelds. Das, was da »Sozialreform« genannt wird, enthält eine deutliche Verschärfung des Sanktionsregimes gegen »Arbeitsverweigerer« und »Sozialschmarotzer«, denen jetzt bei fortgesetzter Zuwiderhandlung gegen behördliche Anweisungen das kümmерliche Almosen namens Grundsicherung komplett gestrichen werden kann. Die regierenden Sozialdemokraten haben sich in dieser Frage ihrem stärkeren Koalitionspartner unterworfen.

Was macht die SPD? Einen Monat später legt sie, die sich aus Gründen des Selbsterhalts daran zu erinnern scheint, welche Klientel sie zu vertreten mal behauptet hat, einen Vorschlag zur Reform der Erbschaftssteuer vor, der inhaltlich so zaghaft und harmlos gerät, wie es einer Sozialdemokratie heutzutage nun mal wesensgemäß ist. Danach sollen große Vermögen künftig stärker besteuert, kleine und mittlere Erbschaften hingegen entlastet werden. Die raffinierte Trickserei dabei ist, dass die geltende Erbschaftsteueregelung ohnehin zur Korrektur steht, da eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

Das inszenierte Theaterstück reicht bereits, um die üblichen Reflexe aus den Kapitalverbänden und den Unionsparteien zu provozieren: »überflüssige Belastungen«, »toxisch für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand«, »zulasten von Betrieben und Arbeitnehmern«, »leistungsfeindlich«. Die reife einstudierte Bühnenleistung reicht auch aus, um die SPD wieder als Anwalt des kleinen Mannes in die wertebasierten Medien zu bringen.

Die Krise der SPD wird gerne als Kommunikationsproblem verkauft. Die SPD könne ihre „Kernanliegen schwer vermitteln“, heißt es von den *Genossen*. Doch die SPD scheitert nicht daran, ihre Politik schlecht zu erklären. Sie scheitert daran, dass sie keine Politik für die Arbeiterklasse macht. Sie scheitert nicht an der Vermittlung, sondern an der Realität ihrer eigenen Politik. Die Behauptung, sozialdemokratische „Kernanliegen“ seien bloß schwer vermittelbar, ist nichts als eine bequeme Schutzbehauptung für eine Partei, die sich längst freiwillig ins Lager der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung untergeordnet hat. Die Arbeiterinnen und Arbeiter glauben ihr nicht mehr, weil sie seit Jahrzehnten erfahren, dass sozialdemokratische Versprechen zuverlässig dort enden, wo die Interessen des Kapitals beginnen.

Die SPD ist heute nichts anderes als eine Verwaltungsabteilung des Kapitalismus. Ihre Aufgabe besteht darin, soziale Verwerfungen so zu dämpfen, dass das System weiter reibungslos funktioniert. Nicht die Eigentumsverhältnisse werden infrage gestellt, sondern höchstens deren schlimmste Auswüchse kosmetisch behandelt. Mieten steigen weiter, Löhne hinken hinterher, Vermögen konzentrieren sich – und die SPD erklärt, man habe „das Mögliche getan“, oftmals noch nicht einmal das.

Dass immer wieder „soziale Maßnahmen“ präsentiert werden, gehört zur Inszenierung. Mietbremsen, minimale Korrekturen, punktuelle Entlastungen: Tropfen auf den heißen Stein, die den strukturellen Raub an Arbeitskraft und Lebenszeit nicht aufhalten. In der Bundesregierung versucht die SPD, die Krise verbal sozial zu polstern – und scheitert selbst daran, weil sie nicht bereit ist, sich mit den Grundproblemen des Kapitalismus anzulegen. Vermögenskonzentration, Profitherrschaft, systematische Umverteilung von unten nach oben: alles bekannt, alles benannt, nichts davon wird von der SPD angegriffen.

Dass die Arbeiterklasse diese Märchen nicht mehr glaubt, zeigt sich nicht nur in

Umfragen, sondern im schleichenden Entzug politischer Loyalität. Die berühmte „Stammwählerschaft“ existiert nicht mehr, weil sie systematisch verraten wurde. Die Arbeiterklasse braucht keine besseren Managerinnen und Manager ihres Elends. Sie braucht keine Parteien, die erklären, warum „mehr leider nicht möglich“ sei, warum Sachzwänge herrschen und warum man sich den Märkten anpassen müsse. Diese Sprache ist keine nüchterne Analyse, sie ist Kapitulation. Verwaltungspolitik bedeutet, den Rahmen zu akzeptieren, den das Kapital erlaubt – und innerhalb dieses Rahmens zu agieren.

Eine wirkliche Alternative beginnt dort, wo sich politische Organisationen weigern, den Kapitalismus als unveränderliche Naturordnung zu behandeln. Sie beginnt dort, wo Eigentumsverhältnisse, Produktionsweise und Klassenmacht offen angegriffen werden. Als Kommunistische Partei ziehen wir daraus die notwendige Konsequenz: für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft, in der jede und jeder nach den eigenen Fähigkeiten beiträgt und nach den eigenen Bedürfnissen erhält. Die DKP will und kann nicht statt der arbeitenden Menschen Politik machen. Sie kann nur mit ihnen Politik machen. Deshalb ergreife Partei und werde Mitglied der DKP.

Quelle: jw, ZdA